

Die Halle vierteljährlich bei zweimonatlicher
Zustellung 2,50 M., durch die Post
3,25 M., anseht Zustellungsgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Berechnungs-
unter 'Sonder-Zeitung' eingetragen.
Für unvollständige eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Abdruck nur mit Quellenangabe:
'Saale-Bl.' gestattet.

Saale-Zeitung.

Hundertvierzigster Jahrgang.

weder die 6 getragene Kolonienliste
oder deren Raum mit 30 Bl., welche
aus Halle mit 20 Bl. berechnet und in
unseren Anzeigenschriften und allen
Anzeigen-Exemplaren angenommen.
Kleinanzeigen die Seite 75 Bl. für Halle,
außerwärts 1 Bl.
Ersteinst täglich zweimal,
Sonntags und Montags einmal

Redaktion und Haupt-Verwaltung:
Halle, Gr. Brauhausstraße 17.
Nebenredaktionsstelle: Markt 24.

Nr. 119.

Halle a. S., Sonnabend, den 11. März.

1911.

Deutscher Reichstag.

144. Sitzung. Freitag, den 10. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Raacke, Wermuth.

Der Postetat. (Dritter Tag.)

Zunächst steht auf der Tagesordnung die Abstimmung über die Resolutionen. Vorher erhalt

× Abg. Freiherr v. Camp (Rp.) das Wort zur Geschäftsordnung: Nach der Geschäftsordnung darf über Resolutionen erst abgestimmt werden, wenn sie sich mindestens drei Tage in unseren Händen befinden haben. Ich beantrage daher, die Abstimmung über die Resolution Bed-Heidelberg und Eichhoff bezüglich der Zulage für die Oberpostinspektoren abzuheben, denn diese Resolution stimmt wörtlich überein mit einer Resolution der Budgetkommission zu einem späteren Titel. (Beif. hört, hört! rechts.) Diese Resolution war von der Rechten ausgegangen, und jetzt will man den Linken erwecken, als ob nur die Linke etwas für die Beamten tut. (Zustimmung rechts; große Unruhe links.) Das war in den Annalen des Reichstags noch nicht zu vergleichen. (Beifall rechts; Arm links.) Herr Bed hat keine moralische Pflicht, diese Resolution der Budgetkommission als seinen eigenen Antrag einzubringen. Ich würde meinen Antrag zurückziehen, wenn der Präsident die Resolution der Budgetkommission schon jetzt zur Abstimmung bringen würde und die Herren Bed und Eichhoff nach ihrer Resolution als gegenstandslos zurückziehen würden.

Präsident Graf Schwerin erklärt sich bereit, eventuell in diesem Sinne zu verfahren.

× Abg. Bassermann (nl.): Herr Camp hat in sehr harten Worten (Stimmen rechts: Sie waren berechtigt! Heftiger Widerspruch links) und in unangenehmen Ausführungen das Benehmen meines Freundes Bed getadelt und ihm Unvollständigkeit vorgeworfen. Diese Vorwürfe sind vollständig unbegründet. Das Zentrum hat nun die Materie, die in der Resolution der Budgetkommission verhandelt ist, herausgegriffen und in einem Antrag Gesetzes vorgebracht. Das war kein gutes Recht. Aber eben so ist es auch das gute Recht jedes anderen Abgeordneten, ebenfalls diese Materie vorzubringen. Denn sonst würde eine vollständig verdrehte Situation geschaffen. Ich wolle die völlig ungenügenden Vorwürfe des Herrn Camp mit aller Entschiedenheit zurückweisen. (Beifalliger Beifall links; Widerspruch rechts.)

× Abg. Dr. Droscher (konf.): Meine politischen Freunde schließen sich der Kritik des Herrn v. Camp über das Vorgehen der Linken vollkommen an. (Stimmlicher Beifall rechts; große Unruhe links.) Wir akzeptieren die Vorwürfe, die Herr v. Camp gebracht hat, durchaus. (Erneuter Beifall rechts; heftiger Widerspruch links.) Das Vorgehen der Nationalliberalen und Fortschrittler wird noch besonders dadurch gekennzeichnet, daß die Herren Bed und Eichhoff Berichterstattung der Kommission sind. Sie greifen also einem Beschlusse der Kommission, den sie vertreten hätten, vor. (Beifall hört, hört! rechts.) Wobin soll das führen, wenn Beschlüsse der Kommission von den Referenten als eigene Arbeit hingestellt werden. Wir verbiten uns einen derartigen unlauteren Wahlwettbewerb. (Beifallige Zustimmung rechts; stürmischer Widerspruch links.) Ich bin der Urheber der Resolution und habe sie genau so formuliert wie die Herren wünschen, um jede Konkurrenz unter den Parteien auszuschließen. Hinter unsern Rücken haben nun die Herren Bed und Eichhoff diese Resolution hier eingebracht, damit es im Lande heißt, daß nur die Linke etwas für die Postbeamten tut. (Stimmlicher Widerspruch links; Zustimmung rechts.)

× Abg. Eichhoff (Rp.): Herr Bassermann hat bereits Herrn Camp glänzend widerlegt. (Beifallige Zustimmung links.) In der Budgetkommission habe ich mit Herrn Bed zuerst einen weitergehenden Antrag eingebracht, der aber abgelehnt wurde. Dann erst griff Herr Droscher unsere Gedanken an. (Beifallige Zustimmung links.) Dann haben wir uns verständigt, damit der Antrag angenommen wurde. Hätten wir unsern Antrag nicht eingebracht, nachdem das Zentrum seinen Antrag vorlegte, dann würde die Resolution der Budgetkommission ins Hintertreffen geraten. Da das Haus sehr schwach besetzt war und Herr Camp wie gewöhnlich nicht hier war (Stimmliches hört, hört! links), haben wir uns verständigt, die Resolution der Budgetkommission zu einem besonderen Antrage zu gestalten. Das ist die Wahrheit. (Beifalliger Beifall links.)

× Abg. Bed-Heidelberg (nl.): Ich protestiere mit aller Entschiedenheit gegen den Vorwurf, daß ich mich mit fremden Federn schmückt hätte. Ich habe ausdrücklich gestern darauf aufmerksam gemacht, daß es sich um die Resolution der Budgetkommission handelt, die durch die Resolution des Zentrums außer Kurs gesetzt werden sollte. Ich habe mich mit verschiedenen Herren beraten und mir haben keinen anderen Weg. Wir hätten auch gern die anderen Herren zu den Unterhändlern herangezogen, wenn sie nur im Saale gewesen wären. (Beifalliger Beifall links; Gelächter rechts und im Zentrum.)

× Abg. Groeber (Ztr.): Die Vorgänge in der Budgetkommission sind von der Linken nicht der Wahrheit entsprechend geschildert worden. (Großer Arm links; Zustimmung rechts und im Zentrum.) Die Anträge waren im Zentrum und bei der Volkspartei gestellt. Sie von der Linken schieben herüber und Sie von der Rechten hinüber und wir in der Mitte bleiben ruhig. (Beifall rechts und im Zentrum.) Erst als Herr Eichhoff und die anderen Referenten eingehend auf die Sachverhältnisse der Postbeamten eingegangen, haben wir unsern Antrag eingebracht, der sich auch auf die Unterbeamten bezieht. Wenn wir in der Budgetkommission in dem Beschlusse gegen den Antrag über die Postinspektoren gestimmt haben, so geschah es, weil wir nicht einseitig für eine bestimmte Klasse der Postbeamten eintreten können. (Gelächter links.)

× Abg. Frhr. v. Camp (Rp.): In meiner Arbeitsverpflichtung darf niemand weilseln. Es geht über meine Kräfte, von morgens an in der Budgetkommission tätig zu sein und dann noch

hier bis nach 6 Uhr. Ich habe auch nicht Lust, hier anwesend zu sein, wenn solche Exzesse verhandelt werden. (Arm.) Herr Bed behauptet, er habe sich erkundigt. Es ist weder bei den Herren von der Reichspartei gemeint, noch bei den Konföderativen, noch bei der Wirtschaftlichen Vereinigung, noch beim Zentrum. (Beifalliger Beifall hört, hört! rechts.)

× Abg. Dr. Droscher (konf.) beantragt namentliche Abstimmung über die Resolution der Budgetkommission. Herrn Bed ist sein Redefertigungsversuch nicht gelungen. Er hat illogisch gehandelt. (Beifalliger Beifall rechts und im Zentrum; großer Arm links; Präsident Graf Schwerin rügt den Ausdruck.) Meine Fraktionsvertreter, die mit in der Kommission gearbeitet haben, rufe ich zu Zeugen an, daß ich den Antrag des Bedensens bin, der in dieser Resolution niedergelegt ist. Die Vorlegung der Resolution Bed zeigt das Agitationsbedürfnis der Herren. (Stimmlicher Beifall rechts und im Zentrum; große Unruhe links.)

× Abg. Valtmann (wirtsch. Bg.): Ich bin ein objektiver Beurteiler, weil ich in der Kommission sowohl für den Antrag Eichhoff gestimmt habe als auch nach seiner Ablehnung für den, den die nationalliberale Partei abgelehnt hat. (Beifall rechts.) Freuen Sie sich, daß Sie als Abgeordnete tunnen sind, sonst würden Sie mit dem Gesetze über den unlauteren Wettbewerb in Konflikt geraten. (Große Heiterkeit.)

× Abg. Babel (Soz.): Die Herren mögen den Streit untereinander ausmachen. Ich wolle nur darauf hin, daß nach unserer Geschäftsordnung das Wort zur Geschäftsordnung nach freiem Ermessen des Präsidenten erteilt wird und 5 Minuten nicht überschreiten darf. Die Bestimmung datiert aus den denkwürdigen Tagen des Zollkampfes im Dezember 1902 und wurde von Herrn Groeber und Camp beantragt, von denen der eine heute 9 und der andere 15 Minuten gesprochen hat. (Große Heiterkeit.) Die Bestimmung hat sich also als unhaltbar erwiesen. Meine Fraktion wird bei nächster Gelegenheit die Wiederherstellung der alten Fassung beantragen. (Stimmliches Heiterkeit.)

Präsident Graf Schwerin: Ich danke für den Hinweis und werde die Bestimmung in Zukunft strenger handhaben. (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. Fürst Hatzfeld (Rp.): Ich glaube nicht, daß die Geschäfte des Hauses durch solche Geschäftsordnungsdebatten gefördert werden. Leider können wir nicht durch einen Antrag Schluß machen. Abg. Bed-Heidelberg (nl.): Der unlautere Wettbewerb liegt auf Seiten der Rechten. (Beifallige Zustimmung links; großer Arm rechts.)

Abg. Bassermann (nl.) erklärt sein Einverständnis, daß die Abstimmung später vorgenommen wird.

Darauf schlägt der Präsident die Liste der Redner zur Geschäftsordnung. Auf Beschluß des Hauses wird sofort abgetrimmt. Die Resolution des Zentrums auf Vorlegung eines Gesamtentwurfes zur Neuregelung der Dienstverhältnisse der Reichsbeamten wird angenommen. Die Resolution Siesberts über die Zulagen der Oberpostinspektoren wird abgelehnt. Bei der Abstimmung über die Resolution der Budgetkommission hinsichtlich des wieder stürmischen Gegenstandes, weil der Präsident dem Abgeordneten Eichhoff das Wort zur Geschäftsordnung nicht mehr erteilt, aber den Abgeordneten Spahn zur Fragestellung sprechen läßt, die Resolution der Budgetkommission (mit der die Abg. Eichhoff und Bed übereinstimmen), die Gewährung einer pensionsfähigen

Zulage von 300 M. an die älteren Oberpostinspektoren, drei Jahre nach Erlangung des Höchstalters betreffend (womit sie also auf 3600 M. kommen würden), wird mit 255 gegen 55 Stimmen angenommen. Außer den Sozialdemokraten stimmt ein kleiner Teil des Zentrums dagegen. Auf Antrag der Konföderativen werden die in der Kommission geführten Konferenzen und Oberpostinspektorenstellen wiederhergestellt. Eine Resolution der Volkspartei fordert, daß unbeschäftigte

Härten,

die sich bei der Befolgsunserregelung ergeben haben, ausgeglichen werden sollen. Die Sozialdemokraten beantragen in einer Resolution eine Revision des Beamtenbefolgsungsgesetzes zugunsten der Unterbeamten.

Die Abg. Dr. Heinze (nl.), Frhr. v. Rühlhosen (konf.) und Berner (Rp.) stimmen dem Grundgedanken der fortschrittlichen Resolution zu. Eine sorgfältige Nachprüfung besonders der Frage des Wohnungsgeldzuschusses sei notwendig.

Die Abg. Dr. Hecker (Rp.) und Eichhorn (Soz.) weisen auf die Petitionen der Beamten hin, die mit Spannung nun schon ein Jahr lang auf eine Entscheidung warten. Auf Antrag der Staatssekretär Kraetzke: Die Wünsche werden geprüft, aber das kostet Zeit.

In namentlicher Abstimmung wird die sozialdemokratische Resolution mit 162 gegen 139 Stimmen der Linken abgelehnt. Die Resolution der Volkspartei wird angenommen.

Abg. Wöhle (Soz.) bringt Beschwerden über die Postverhältnisse in Straßburg und Rupprechtshaus vor und beantragt, daß die Oberpostdirektion in Weg durch ihre Verwaltungsbüroer Beiträge für den Flottenverein einstellt.

Ein Regierungsvertreter läßt Prüfung der Straßburger Wünsche zu. Der Regier. Angelegenheit werden wir nachgehen. Es ist durchaus nicht Sache der Postverwaltung, für den Flottenverein zu arbeiten.

Abg. Dr. Bill (Zentr.-Gl.) wünscht Gleichstellung der Postbeamten mit den Reichsbeamtenbeamten.

× Abg. Engel (Sp.): Im finanziellen und im dienstlichen Interesse wäre es wünschenswert, wenn bei den Postbeamten weibliches Personal ständig verwendet würde. Leider ist eine geeignete Verfügung erlassen worden.

Abg. Dr. Krenndt (Rp.) unterstützt die Wünsche der Postbeamten.

Abg. Dr. Hecker (Rp.) führt Beschwerde darüber, daß in Hamburg im Telephonbetrieb das Wort „Gruppe“ statt „Amt“ eingelesen ist.

Abg. Dr. Wagner (konf.) bringt sächsische Telephonbeschwerden vor.

Abg. Büchtemann fordert den Staatssekretär auf, die Zukunft des Postbetriebs sicherzustellen. Staatssekretär Kraetzke spricht sich gegen eine Zwangspensionskasse für Agenten aus. Im Falle der Bedürftigkeit werden Beihilfen gewährt.

Ein Antrag Eichhoff (Rp.), der Beihilfen für die Krankenkassen von Postbeamtenvereinen fordert, wird angenommen. Auch die Dittmarer-Zulagen werden mit schwacher Mehrheit angenommen. Die Tarifprotokollresolution der Sozialdemokraten wird abgelehnt.

Abg. Wiedberg (Ztr.) begründet eine Resolution auf Ausfluß der Arbeiterauschüsse der Post- und Telegraphenarbeiter und -Handwerker, die jährlich einmal Gelegenheit haben sollen, ihre Wünsche vorzutragen.

Abg. Sormann (Rp.) nimmt der Resolution zu und bringt Wünsche einzelner Kategorien vor. Abg. Roste (Soz.) wendet sich gegen die Bestimmungen in der Resolution, wonach nur einmal jährlich die Beschwerden vorgebracht werden sollen.

Abg. Dr. Strejmann (nl.) spricht für die Resolution mit der von dem sozialdemokratischen Redner geforderten Erweiterung. Abg. Behrens (wirtsch. Bg.) erklärt, der Berliner Telegraphenarbeiterverband könne sich nicht mindern, wenn die Rechte seinen Wünschen nicht freundlich gegenübersteht, weil er die Abgeordneten schlecht behandle.

Abg. Sormann (Rp.) weist diese Behauptung zurück.

× Staatssekretär Kraetzke erklärt, daß die Arbeiter nicht schlecht bezahlt werden und daß auch er der Ansicht sei, daß die Mitglieder von Arbeiterauschüssen vor unangenehmer Entlohnung geschützt sein müßten. Die Möglichkeit einer Gründung einer Pensionskasse für die Arbeiter lassen wir durch einen Versicherungsminister prüfen.

× Abg. Roste (Soz.): Wahre Hungerlöhne werden gezahlt. Jedesmal wenn Arbeiter vor Gericht mitbernde Umstände erhalten, weil sie aus Not gehandelt haben, ist der Staatssekretär zurück.

Präsident Graf Schwerin: Solche Vorhaltungen kann ich durchaus nicht dulden.

× Abg. Sormann (Rp.) Wir weisen es entschieden zurück, daß auf unsere Beschwerden immer nur gesagt wird: „Stimmen Sie nicht, verheizen Sie nicht!“ Uns fehlt das schöne Gleichgewicht, das dem Staatssekretär allen Klagen gegenüber zu Gebote steht.

Die Resolution Berner wird angenommen. Auf Antrag des Abg. Dr. Hecker (Rp.) erweitert Staatssekretär Kraetzke, daß in Samoa, Neu-Guinea, Ungava und Yap Funktionen eingerichtet werden.

Abg. Defer (Rp.) bemängelt, daß man bei Fragegesprächen zwischen großen Städten fast immer „dringend“ sprechen müsse, was die dreifache Gebühr koste. Die Patentbestellung sei zu langsam.

Abg. Fegter (Rp.) führt Beschwerde über die Handhabung des Postgesetzes. Viele Geschäftsleute werden von der Verwaltung angefaßt, weil sie ihrer Ware Rechnungen im geschlossenen Kuvert beilegen.

Staatssekretär Kraetzke: Geschlossene Briefe dürfen im Paket nicht befördert werden. Wir halten an unserem Rechte fest, weil ohnehin nach allen Richtungen hin verlustig wird, das Postregal zu umgeben.

Damit ist der Postetat erledigt. Die Petitionen werden nach dem Antrage der Kommission behandelt. Das Haus vertagt sich. Sonnabend 12 Uhr: Etat des Reichsamts des Innern. — Schluß 7 Uhr.

Koloniale Kriegskosten.

Eine Denkschrift über koloniale Kriegskosten ist dem Reichstage zur Kenntnis zugegangen. Der Reichstag hatte in seiner letzten Session 1909/10 auf Antrag der Budgetkommission zu dem Entwurfe eines Gesetzes, betreffend die Aufstausgaben für Südwestafrika, beschloffen, den Reichsantrag zu erlassen, „dem Reichstag eine Denkschrift über die Frage vorzulegen, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfange ein Schutzgebiet durch direkte Besteuerung zur Deckung von Kosten heranzuziehen ist, die aus Kriegsmaßnahmen in diesem Schutzgebiete erwachsen sind“.

Von der Kolonialverwaltung sind in Ausführung dieses Beschlusses eingehende Untersuchungen angestellt worden. In der Denkschrift werden die von den Kolonialbehörden in der Frage der kolonialen Verteidigungs- und Kriegsfinanzien gemachten Erfahrungen im einzelnen dargestellt. Es wird das spanische und portugiesische System das holländische und das belgische, das nordamerikanische, das italienische, das französische und schließlich das englische System sehr eingehend behandelt, und in einem Schlusssatz werden die Ergebnisse der Untersuchung zusammengefaßt und die Auswertung auf die deutschen Schutzgebiete gezogen. Es heißt da wörtlich:

Aus der geschichtlichen Darstellung der eigentlichen kolonialen Kriege (S. 5. folger, die um die Landeshoheit in den Kolonien zumeist in deren Gebieten selbst geführt wurden. D. Red.) ergibt sich, daß vielfach versucht wurde, den Kolonien auch Kriegskosten aufzuerlegen. Die Verluste sind nur in wenigen Fällen von Erfolg gewesen. Von Mißerfolg begleitet waren sie stets, wenn die Belastung über den Rahmen dessen hinausging, was die Kolonien finanziell

leiten konnten. Deshalb haben auch, wenn wir die Kolonialstaaten im einzelnen betrachten, diese außerordentlich großen Kosten für Kriege in ihren Kolonien bezw. in deren Grenzgebieten aus eigenen Mitteln getragen. Beschränkt man sich nur auf die neueste Zeit, namentlich auf die Schwierigkeit der Geldwertumrechnung entfällt, so ergibt sich, daß Frankreich allein für Aufstandsbesamfungen und Expeditionen in Madagaskar, Tonkin und Algier 6 225 000 000 Frs., d. i. rund 5 000 000 000 M. ausgegeben hat. Bei England erreichen alle die Ausgaben des Mutterlandes für Kriege in Südafrika die Höhe von 4 677 000 000 M. Rechnet man dazu nur noch die Zuschüsse zu den Kriegskosten im Sudan (insbesonder 1897), in Afghanistan und Somaliland mit 300 000 000 M., so kommt man gleich schon auf 5 000 000 000 M., ohne die englischen kolonialen Kriegskosten aus nur der neuesten Zeit erspäht zu haben. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben für die Indienkriege und für die Pazifizierung der Philippinen 3 400 000 000 M. ausgegeben, und selbst der verhältnismäßig kleine Kolonialstaat Italiens in Ostafrika hat dem Mutterlande ca. 1/2 Milliarde, hauptsächlich für Eroberung und Pazifizierung des Landes, gekostet.

Das Vorgehen der Spanier, Portugiesen und Holländer, die ihren Kolonien vielfach ohne Einschränkung Lasten, auch Kriegskosten auferlegten, hat sich nicht bewährt. Dabei war übrigens die Voraussetzung, daß die betreffenden Kolonien einen großen natürlichen Reichtum zur Ausbeutung barboten.

In Frankreich, Nordamerika und Italien sind dagegen Kosten für größere Kriege und Aufstände, welche die finanziellen Kräfte der Kolonien überstiegen, stets vom Mutterlande übernommen worden.

Ebenso hat auch England Milliarden Mark für Kriege in seinen Kolonien auf seinen Etat übernommen. . . Besonders bemerkenswert ist für die englische Praxis, daß England auf die bereits geplante große Kriegskontribution des Transvaal von 30 Millionen Lfr. (612 000 000 M.) schließlich verzichtete, im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage dieses Gebiets. . .

Die dem Reichstage unterbreitete Denkschrift schließt mit folgenden Ausführungen:

Für die deutschen Schutzgebiete ergibt sich aus den in anderen Ländern gemachten Erfahrungen, daß auch sie zur Deckung von Kriegskosten nur herangezogen werden könnten, wenn dadurch ihre finanzielle Bilanz nicht beeinträchtigt und ihre wirtschaftliche Entwicklung nicht gehemmt wird. Zurzeit sind in keinem der deutschen Schutzgebiete die finanziellen Verhältnisse so geartet, daß ihnen beratbare Lasten zugemutet werden könnten. . . Dies gilt insbesondere auch für Südwestafrika und für die Kolonien des Ostafrika. . . Auch Südwestafrika steht jetzt wie Transvaal nach dem Aufstande zum großen Teile wieder am Anfange seiner wirtschaftlichen Entwicklung, und nur die dem Status des Schutzgebieten aus dem Abbau der Diamantenvorkommen zufließenden erhöhten Einkünfte ermöglichen es, daß ohne Zuschüsse des Reichs zu den Kosten der Zivilverwaltung die Kolonie sich wieder langsam wirtschaftlich hebt.

Deutsches Reich.

Kalivpropaganda und Bund der Landwirte.

In der Budgetkommission des Reichstages wird seit einigen Tagen um die Verwendung der Einnahmen aus der Raftabgabe gekämpft. Die Regierung will sie in der Hauptsache den großen landwirtschaftlichen Genossenschaften und Korporationen, darunter auch dem Bund der Landwirte, zu Propagandazwecken zuweisen, wogegen von der Linken heftig opponiert wird.

In der Sitzung am Freitag gab es nun eine Ueberzeugung. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Heim, der den Verhandlungen bisher nur als Gast beizuwohnen konnte, weil seine Funktion ihn nicht als Mitglied für die Kommission befähigt hätte, hatte trotzdem Zutritt zu ihr erhalten, und zwar dadurch, daß ihm die Voten ihrer Mitglieder in der Kommission abtraten. Dr. Heim, der sich um das bayerische Genossenschaftswesen verdient gemacht hat, nahm eine sehr scharfe Stellung gegen die Herabgabe von Raftabgaben an den Bund der Landwirte und andere großen Zentralverbände ein, die gar nicht in der Lage seien, die örtlichen Bedürfnisse zu beurteilen und eine richtige Propaganda zu treiben. Die kleineren Organisationen würden gar nicht in der Lage sein, für die Propaganda etwas zu erhalten, um an der Vergütung bei Bezug von Raft teilzunehmen; so sei es seiner Organisation verweigert worden.

Unter andern anderen lebhaften Beifallstundgebungen und Höflichkeit-Akten der freiständigen Kommissionsmitglieder ironisierte der bayerische Zentrumsredner dabei seine eigenen Fraktionsgenossen. Die großen landwirtschaftlichen Verbände trieben eine Politik, mit der sie die kleineren Verbände unterdrückten. Sie zwingen die kleineren Verbände, die Genossenschaften, sich den größeren anzuschließen, und um an den Rabatten teilzunehmen, Großkationen zu bilden, bei denen nicht Spesen erpari, sondern neue geschaffen würden, die eben nicht rein wirtschaftliche Zwecke verfolgten. Die Propagandagelder seien verwendet worden zum Teil zur Bezahlung von Wanderlehrern, die auch politische Reden hielten, und zu aufständischen Artikeln, die in politischen Zeitungen ständen. Die ganze Politik gehe darauf hinaus, den kleinen Verbänden das Licht auszulöschen.

Ein fortschrittlicher Redner verlangte eine präzisere Antwort, ob es in dem Plane des Reichstages liege, künftig dem Bund der Landwirte Beträge aus dem Propagandafonds zuzuwenden. Wenn die Mittel dem Raftinsolvent übergeben würden, so müsse Auskunft verlangt werden über die Form der Kontrolle über die Verwendung der Mittel seitens der landwirtschaftlichen Korporationen. Der Bund der Landwirte trage gewiss einen politischen Charakter. Die Raftabgabe des Bundes würden aus den Propagandageldern bezahlt, und die würden doch nicht allein für Raft predigen. Zur Propaganda des Rafts gehörten nicht Auseinandersetzungen des Redners darüber, daß man nicht einen Liberalen wählen soll. Aus der wirtschaftlichen Stärkung des Bundes

der Landwirte folge keine politische Stärkung. Das Wichtigste sei Klarheit über die Verwendung der Propagandagelder. Die Verhandlung wurde schließlich abgebrochen. Wann sie fortgesetzt wird, ist noch unbestimmt.

Zum 90. Geburtstag des Prinzregenten.

Aus München wird gemeldet: Der alte Kaiser feierte gestern und heute, dem 10. und 11. März, die 90. Geburtstagstage. Die Feiern wurden in der Hofkapelle durch den Hofkapellmeister Dr. Schöberl geleitet. Am 10. März fand ein Festessen im Hofgarten statt, an dem der Kaiser, die Kaiserin, die Prinzessinnen und die Prinzessinnenwitwen teilnahmen. Am 11. März fand ein Festessen im Hofgarten statt, an dem der Kaiser, die Kaiserin, die Prinzessinnen und die Prinzessinnenwitwen teilnahmen.

Der Prinzregent verließ dem bayerischen Gesandten in Berlin, Grafen Verdenfeldt, dem Fürsten Söhlenlohe-Bartenstein und dem Grafen Töring-Jettenbach den Hubschraubersorden. Freitag mittag brachten die hier garnisonierenden Artillerieoffiziere dem Prinzen Regenten ein von ihnen zusammengestelltes Kommando dar. Um 1 Uhr empfing der Prinzregent den Kriegsminister Grafen von Horn, der ihm im Namen der Armee eine große silberne Statuette der Bavaria, die das Medaillonbild des Prinzregenten trägt, auf einem Ebenholzpodest, als Geschenk der Armee überreichte.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat Freitag vormittag zunächst das Extraordinarium des Kultus Etats bewilligt. Es folgte eine Besprechung über die Ausgrabungen prähistorischer Tiere in Ostafrika. Hierfür sind bisher etwa 140 000 Mark an freiwilligen Beiträgen eingegangen; da dieser Betrag nicht hinreichte, wurde einmütig angeregt, eventuell staatliche Mittel zu verwenden. Es ist unter anderem ein Saurier von einer sonst nirgendwo gefundenen Größe ausgegraben worden. Der dem menschlichen Oberarm entsprechende Teil ist 2 1/2 Meter lang. Der Breslauer Universitäts Hof zur würdigen Feier ihres Jubiläums ein Fests zu Verfügung gestellt worden.

Der Minister teilte mit, daß er Anordnungen getroffen hätte, bis zu welchem Maximum Mittelschullehrer an höheren Lehranstalten beschäftigt werden könnten. Weiter erklärte der Minister, daß die Oberlehrer Besenämter, die im Zusammenhang mit ihrer Schule stehen, grundsätzlich unentgeltlich zu verwalten haben. Wo hierfür noch Remunerationen gezahlt werden, würden sie kein Lehrverwechsel wegfallen. Bei besonderer Mitbenutzung in Besenämtern, die nicht unmittelbar mit der Schule verbunden sind, ist bei der Beschäftigung von Oberlehrern an höheren Lehranstalten, denen nicht immer die nötigen Befehle zur Verfügung stehen, seien Remunerationen selbstverständlich.

Das humanitäre Gymnasium soll nach einer Aeußerung des Ministers in seiner Art erhalten bleiben, die fortschreitende Entwicklung der Reformen beweise nichts gegen die Pflege des humanitären Gymnasiums. Die Entwicklung der kommunalen Anstalt Dahlem müsse abgewartet werden, erhebliche Mängel hätten sich bisher nicht gezeigt. Im Herbst nächsten Jahres soll das Joachimsthal'sche Gymnasium nach Templin verlegt werden. Dort sollen je 20 bis 25 Schüler in einer Villa, in der ein Oberlehrer wohnt, unterrichtet werden. Eine Frau, aber nicht die Frau des Oberlehrers, soll an die Spitze der Schulfamilie treten und ihr Hof gewissermaßen als Adjutant ein junger Lehrer beigegeben werden, der in der Villa wohnt. Hierfür kommen besonders die Gutsbesitzer in Betracht. In der Bürgerkunde soll der Unterricht nicht in besonderen Stunden, sondern in den anderen Fächern mit erfolgen.

Die Deutschen in der Fremdenlegion.

Die Enquete des Pariser „Matin“ im Lande der Fremdenlegion bringt wieder einige Angaben, die mögen je nun zuverlässig sein oder nicht, in Deutschland interessieren werden. Unter 5700 Leuten des zweiten Regiments gab es danach 1050 Deutsche und 470, die der „Matin“ zu den „annexes“ rechnet, die also auch Deutsche sind. Hierzu kamen noch 143 Deutsche und 189 Legionäre aus dem Reichsland, die sich in Frankreich naturalisieren ließen; im ganzen also 1846 Deutsche unter 5700 Mann. Aber nur 300 Leute von diesen 1846 waren Deserteure, und von diesen 300 kommen 200 auf die Reichslande. Sie wollten nach Angabe des Erzählers nicht in deutsche Militärdienste treten. Wenn diese Berechnung stimmt, so war eine andere Berechnung falsch, die vor mehreren Tagen im „Temps“ stand. Hier wurde die Zahl der deutschen Deserteure, die sich für die Fremdenlegion meldeten, erheblich höher angegeben.

Kleine vermischte Nachrichten.

Die Einfuhr französischer Schlachtviehs hat das Ministerium des Innern in Baden mit Rücksicht auf den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Frankreich vom 12. März an wieder unterlagert. — Auch das bayerische Ministerium hat die Einfuhr von Vieh aus Frankreich vom 12. März ab wieder verboten. — Die Ansehendenskommission wird während dieses Frühjahrs in Weipreuzen voraussichtlich 18 größere Besichtigungen mit 471 Hektar beabsichtigen. — Die Beratungen, die der Verwaltungsrat des Vereins Ham-burger Redner in den letzten Monaten gepflogen hat über die Frage, ob und inwieweit dem Schriftmannschaften eine Verbesserung ihrer Bezüge gewährt werden könne, haben nunmehr zu dem Ergebnis geführt, daß der Verwaltungsrat beschlossen hat, seinen Mitgliedsredneren eine am 1. April eintretende Erhöhung der Gehälter um 3 bezw. 5 M. für sämtliche auf den Schöpfen angestellte Leute zu empfehlen. Außerdem sollen Dienstalterszulagen eingeführt werden von je zwei zu zwei Dienstjahren.

Bot- und Personalsnachrichten.

Der Kaiser und die Kaiserin sind aus Kiel Freitag früh kurz nach 8 Uhr in Berlin eingetroffen.

Das Befinden des Prinzen Waldert von Preußen. Am Freitag wurde einem Telegramm aus Kiel zufolge folgender Krankheitsbericht veröffentlicht: Das Allgemeinbefinden des Prinzen Waldert ist den Umständen nach durchaus zufriedenstellend. Es steht zu erwarten, daß die Krankheit einen regelmäßigen Verlauf nimmt und eine operative Behandlung nicht erforderlich sein wird. Nach der ganzen Art der Erkrankung wird angenommen, daß der Prinz in etwa zehn Tagen das Bett verlassen können.

Die kommende Reichstagswahl.

Die Fortschrittliche Volkspartei hat für den Reichstagswahlkreis Stettin den Landtagsabgeordneten Justizrat Lippmann als Reichstagskandidaten aufgestellt. Der gegenwärtige Vertreter Stettins im Reichstage, Stadtrat Dr. Dohrn, hat wegen seines hohen Alters eine Wieder-aufstellung abgelehnt. Für den Reichstagswahlkreis Hildesheim haben die Nationalliberalen den Rechtsanwalt Dr. Gildemeister aus Bremen zum Reichstagskandidaten proklamiert.

Konserwatve und Zentrum gegen die Fortschrittliche Volkspartei.

Mit Hilfe des Zentrums juchen die Konserwatve die Fortschrittliche Volkspartei aus dem Wahlkreis Landesunt-Lauenburg zu verdrängen. Die Fortschrittliche Volkspartei hat Abg. Dr. Hermes seit 1881 vertreten, und nach seinem Tode wurde in der Wahlwahl im Juni 1910 der fortschrittliche Abg. Wülfemann in der Stichwahl gegen die Sozialdemokratie mit 8400 gegen 7807 Stimmen gewählt, nachdem im ersten Wahlgang 6428 freistimmige, 6483 sozialdemokratische, 3870 konserwatve und 3823 Zentrumstimmen abgegeben waren. Für die Neuwahlen haben die Konserwatve den früheren nationalliberalen Amtsrat Warmuth aus Jauer aufgestellt. Die Sozialdemokratie „Schel. Volkstg.“ fügt hinzu, daß der Bund der Landwirte und das Zentrum ebenfalls sich in der Hauptwahl für die Kandidatur Warmuth einsetzen werden. Das Zentrum wird einen eigenen Kandidaten nicht aufstellen. — Die Konserwatve hoffen mit Hilfe des Zentrums die Fortschrittliche Volkspartei aus der Stichwahl zu verdrängen und dann in dieser gegen die Sozialdemokratie zu liegen.

Ausland.

Die Wirren in Mexiko.

In den amtlichen Kreisen Berlins wird die Ansicht, daß ganz Mexiko von einer Revolution bedroht sei, keineswegs geteilt. Wie der „B. Z. A.“ von unterrichteter Seite auf Befragen erklärt wird, kann man in dem Umstand, daß der deutsche Gesandtschaftsträger in Mexiko, v. Richthofen, auf Urlaub geht, einen bedeutenden Beweis dafür erblicken, daß in der Stadt Mexiko und in einem großen Teil des Landes vollständige Ruhe herrscht. Die aufrührerische Bewegung hat ausschließlich in den nördlichen Teilen, insbesondere an der Grenze gegen die Vereinigten Staaten ihren Sitz, vermulst, welche die Aufständischen glauben, Hilfe von den Vereinigten Staaten erhalten zu können. Diese Vermutung dürfte aber auf einem Irrtum beruhen. Beweis dafür ist eine Depesche in der Zweifel der Vereinigten Staaten Regierung über die Stärke der aufständischen Bewegung zum Ausdruck kommen. Es ist darin deutlich gesagt, daß die Vereinigten Staaten die Möglichkeit, daß die Aufständischen derzeit die Herrschaft über das Land gewinnen könnten, bezweifeln, da die Insurgenten nicht einmal imstande seien, in den von ihnen besetzten Gebieten vorübergehend eine provisorische Regierung einzuführen. Ein Vertreter der „Associated Press“, der den Präsidenten Taft nach dem Süden begleitet, meldet aus Charlottesville, Virginia, daß alle Zweifel über die Ansicht, die die Regierung mit der Entsendung der Truppen an die mexikanische Grenze verfolge, gänzlich geschwunden seien. Die Entsendung der Truppen sei erfolgt, um einen festen militärischen Grenzwall längs des Rio Grande zu bilden und dem Ueber-treten von Waffen und dem Schmuggel von Rontenbarren über die Grenze ein Ende zu machen. Die Regierung sei der Ansicht, daß damit der Aufständischenbewegung, die die Lage des Landes sehr gefährlich zu machen droht, ein Ende gemacht werden könne. Die Regierung ist der Meinung, daß die Bildung einer neuen verantwortlichen Regierung erreicht zu haben, binnen kurzem der Lebensenergie abgeschnitten werde. Der Draht meldet weiter:

* Kempten, 10. März. Das Marine-departement hat angeordnet, daß der Spähkreuzer „Chester“ in dringender Angelegenheit nach Tampico (Mexiko) fahren und bis Galeston von seinem Kommandanten „Salem“ begleitet werden soll. Man glaubt, daß die „Chester“ nach dem mexikanischen Gebiet gelangt werden ist, um die Verbindungen aufrecht zu erhalten und von Telegraphenlinien unabhängig zu machen, da diese, wenn die Unruhen sich weiter ausbreiten sollten, wahrscheinlich unterbrochen werden. — Das Kriegs-departement hat angeordnet, daß noch drei Flugzeuge nach Texas gelandt werden sollen, um dort für den Aufklärungsdienst verwendet zu werden. Ein Flugzeug befindet sich bereits dort.

Halle und Umgebung.

Die Tätigkeit unserer Handwerkskammer.

In der letzten Sitzung gab, wie schon kurz berichtet, der Herr Kammerpräsident ein Ueberblick über die Tätigkeit der Handwerkskammer, der zeigte, wie vielfältig ihre Wirksamkeit ist. Es seien aus dem ausführlichen Bericht folgende Punkte herausgehoben: Zu dem Beschluß auf Abänderung der Geschäftsordnung des Vereins erhöhten Prüfungsgeld für Fabrikanten wurde der Herr Kammerpräsident die Genehmigung nicht erteilt, da der Herr Minister, welcher von dem Herrn Kammerpräsidenten auf Grund eines Ministerialerlasses vom 24. März 1904 gutgeheißen worden ist, zunächst noch weitere Verfügungen wünscht. Der Beschluß auf Abänderung der Geschäftsordnung wurde der Handwerkskammerbeiträge wurde der Kammer von dem Herrn Kammerpräsidenten nochmals zur Abänderung zurückgegeben. Der Vorstand hat nach eingehender Beratung den Beschluß auf Abänderung aufrecht zu erhalten.

